

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition; Berlin SW 68, Lindenstr. 8

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareilzeile
90 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Berliner Bürgerkriegstruppe

Enthüllungen aus Hafentrez-Geheimdokumenten

Der „Marm“, ein republikanisches Organ zur Bekämpfung der Nationalsozialisten, ist in der Lage, genaue Ziffern über die Stärke der nationalsozialistischen Organisation in Groß-Berlin zu geben. Er führt zahlenmäßig die Stärke der „Standarten“ und der einzelnen „Stürme“ vor. Seine Angaben gehen auf parteiamtliches Material der Nationalsozialisten zurück.

Insgesamt betrug die Mitgliederzahl der Nationalsozialisten für Groß-Berlin am 1. November 1930:

SA-Leute	2269
Parteimitglieder . . .	4546
zusammen	6815

Noch nicht 7000 organisierte Nationalsozialisten in Groß-Berlin, aber einen bürokratischen Apparat, als wären es 200 000, und das große Maul, als ob es eine Million wäre!

Die Zahl der organisierten Kommunisten in Groß-Berlin beträgt rund 15 000, die Sozialdemokratische Partei verfügt in Groß-Berlin über mehr als 80 000 Mitglieder.

80 000 organisierte Sozialdemokraten!

Ihre Zahl muß sich verdoppeln und verdreifachen, das ist die beste Antwort auf alle reaktionären und putschistischen Pläne!

Militärorganisation.

Vorbereitung auf Bluttagen — SA-Merzte.

Aus einem Geheimbefehl Mitte 10.30:

SA auf Lastkraftwagen sind nach Möglichkeit immer zwei Motorradfahrer in Zivil mitzugeben. Einer von diesen fährt so weit voraus, daß er besondere Ereignisse (Polizei — Gegner) rechtzeitig dem SA-F. melden kann, damit gegebenenfalls Umkleitung der SA möglich ist. Der andere fährt hinter dem Lastwagen drein, um mündliche oder telefonische Nachricht von etwaigen Zwischenfällen nach rückwärts geben zu können.

Die Namen aller SA-Merzte sowie deren Adressen sind umgehend zu melden. Für die Zeit des Aufbaues verkehrt Oberarzt Ost mit den SA-Merzten direkt. Die SA-Merzte haben bei sich liegenden Gelegenheiten den Staf. über den geübten Schriftverkehr und den Fortgang der Arbeit zu orientieren.

Hafentrez und Reichswehr.

Schärfstes Mißtrauen gegen Reichswehrleitung.

Aus dem Gaurundschreiben Nr. 28 vom 1. Dezember 1930:

„Es wird in Erinnerung gebracht, daß es sämtlichen Parteigenossen verboten ist, sich an irgendwelchen etwa von Reichswehrbehörden veranstalteten Kursen oder Übungen zu beteiligen. Wir müssen der gegenwärtigen Leitung der Reichswehr das schärfste Mißtrauen entgegenbringen. P.g. die sich mit der Reichswehr einlassen, begeben sich in Gefahr, von dieser vor Gericht im Stich gelassen zu werden. Sie gefährden außerdem durch ungescheitliche Verbindungen unmittelbar unsere Freiheitsbewegung.“

Ueber Versuche der Reichswehr, mit P.g. in Verbindung zu treten, ist dem Gau sofort zu berichten.“

(Siehe auch 2. Seite.)

Neue Nazibluttat.

Ein Kommunist im Lokal niedergestochen.

In dem Naziverkehrslokal Hebbelstraße 20 in Charlottenburg, das schon wiederholt der Ausgangspunkt blutiger Zwischenfälle in der Gegend gewesen ist, wurde gestern Abend der Arbeiter Max Schirmer aus der Schulstraße niedergestochen und lebensgefährlich verletzt.

Schirmer ist Mitglied der Kommunistischen Partei. Es scheint, daß er das Verkehrslokal der Hafentrezler aufgesucht hat, um dort Erkundigungen anzustellen. Er wurde jedoch von den anwesenden Hafentrezlern erkannt und als er das Lokal verlassen wollte, von den Burtschen umringt. Einer der Hitlergardisten zog ein dolch-artiges Messer hervor und stach Schirmer von hinten nieder. Die Politische Polizei hat bereits einen Nationalsozialisten, der im bringenden Verdacht steht, die selbe Mordtat verübt zu haben, verhaftet.

Der Schreck in der Nacht

Nachtgespenst-Einbrecher schildert seine Beutezüge vor Gericht

Am 20. März vorigen Jahres fand die Angst der Charlottenburger, die Monate hindurch von einem Einbrecher heimgesucht wurden, dem man in dieser zu Uebertreibungen neigenden Zeit das Wort Nachtgespenst beigelegt hatte, in einiger Aufregung lebte, mit der Verhaftung des vielfach vorbestraften Joseph Janoschka ein unerwartetes, ganz prosaisches Ende. Janoschka war in der gewohnten Weise in die Parterremwohnung des Revisors Sebastian, Pestalozzistr. 4, eingedrungen, hatte die Eingangstür mit einem Dietrich geöffnet, die Sicherheitskette mit einer Zange zerschlagen, die elektrische Sicherung ausgeschaltet. Frau Sebastian erwachte aber, Janoschka mußte fliehen, wurde verfolgt, sprang auf dem Bahnhof Wedding auf die Schienen und blieb mit gebrochenen Beinen liegen. Das Charlottenburger Nachtgespenst war dingfest gemacht.

Heute steht es vor dem Schöffengericht Charlottenburg — ein 39-jähriger, mittelgroßer, breitschultriger Mann, kräftig und von strophender Gesundheit, nichts Gespenstisches an sich. Neben ihm der 29-jährige Spierka, kleiner und blässer, aus der Kaste in Zuchthauskleidung vorgeführt. Janoschkas Vorstrafen beginnen im 13. Lebensjahr und erreichen im Jahre 1926 die stattliche Zahl von 13 — Summa Summarum 15 Jahre Gefängnis und Zuchthaus. Spierka kann nur vier Vorstrafen aufweisen. Während diesem nur zwei gemeinschaftliche Einbruchsdiebstähle zur Last gelegt werden, sind es bei Janoschka 19 vollendete schwere Diebstähle, vier versuchte, vier weitere teils vollendete, teils versuchte schwere Diebstähle in Tateinheit mit teils vollendeten, teils versuchten Notzuchtverbrechen, fünf Fälle Freiheitsberaubung, zwei Fälle Führung einer Waffe. Bei seinen Einbrüchen bediente sich Janoschka stets ein und derselben Methode. Er kletterte in Parterremwohnungen ein. In den Fällen, wo er eine schlafende Frau vorfand, besetzte Janoschka das bekannte Dichterwort: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“. So sagt er zum Beispiel einmal: „Schweige, oder ich schließe. Habe keine Angst, ich tue dir nichts, . . . In einem anderen Falle beruhigte er die erschöpfte

Frau mit den galanten Worten: „Sei ruhig, wenn du nur einmal um Hilfe ruffst, so schließe ich dir den Bauch auf. Stelle dich nicht so dämlich an. . .“

Das Schicksal eines Umhergestoßenen.

Janoschka schildert sein Schicksal. „Ich bin“, erzählte er, „als uneheliches Kind eines hohen Bergwerksbeamten in Schlefien geboren. Meine Mutter, aus katholischen Kreisen stammend, mußte,

Von Dynamit zerrissen!

35 Arbeiter auf entsetzliche Weise umgekommen. Explosionskatastrophe in einem Bergwerk.

London, 29. Januar.

Bei einer Explosion von 15 Rissen Dynamit im Betty-Bergwerk in Indiana haben, wie aus Vinton gemeldet wird, voraussichtlich sämtliche 35 Bergarbeiter, die in der Grube beschäftigt waren, das Leben verloren. Bisher wurden fünf Leichen geborgen. Ein Mann, der noch lebend an die Oberfläche gebracht wurde, starb kurz darauf. Scharfe Dämpfe behindern die Rettungsarbeiten. Es besteht wenig Hoffnung, auch nur einen einzigen der verschütteten Arbeiter lebend zu retten.

um diesen Kreisen gerecht zu werden, so schnell als möglich heiraten. So wurde ich der Sohn des Handelsmannes Janoschka. Die Ehe meiner Mutter gestaltete sich unglücklich, sie verließ den Mann wiederholt, kehrte, als ich vier Jahre alt war, zu ihrem ersten Liebhaber wieder zurück und übersiedelte mit ihm nach Berlin. Einige Zeit darauf nahm sie auch mich zu sich. Wir wohnten in der Küche, die Stube vermietete sie an Schlafburschen, die ich alle nacheinander Vater nennen mußte. War der Schlafbursche gut zu mir, so bewilligte ich ihm diesen „Vater“, war er schlecht zu mir, so strickte ich. Dafür erhielt ich von der Mutter eine Züchtigung. Aus meinem Dummheitsstolz heraus meinte ich nicht, das wurde als Trost angesehen, die Züchtigungen arteten in Mißhandlungen aus, das Vormundschaftsgericht mischte sich ein und ich erhielt einen Vormund. In der Schule war ich stets der Klassenferse. Aus Angst vor den Strafen schlief ich oft auf Böden, vor Hunger leerete ich die Müllschalen und die Brotdenkel. Im Alter von 13 Jahren beschloß ich, in die Welt hinauszugehen; ich brauchte dazu Geld und verkehrte einige Sachen der Mutter. Dafür erhielt ich eine Woche Gefängnis, brauchte die Strafe nicht abzusitzen und kam in Fürsorgeerziehung.“ In der gleichen intelligenten Weise schilderte der Angeklagte weiter, wie er in der Fürsorgeanstalt zum Missionar ausgebildet werden sollte, was durch seine Vorstrafe unmöglich gemacht worden war, wie er in der Lehre bei einem Buchdrucker nur ausgenutzt wurde, wie er davonlief, einen Diebstahl beging, in die Fürsorgeanstalt Lindenhof kam, mehrere Male durchbrannte, eine längere Gefängnisstrafe verbüßte, als Soldat fahnenflüchtig wurde, weil seine Vorstrafe seine Beförderung unmöglich machte. Trotz seiner Tapferkeit und seiner Verwundungen blieb Janoschka im Kriege ein einfacher Soldat. Da beförderte er sich selbst zum Offiziersstellvertreter, schmückte seine Brust eigenmächtig mit dem E. K. I und II und erhielt wegen Fahnenflucht sechs Jahre vier Monate Zuchthaus. Er erzählt weiter, wie er nach Verbüßung der Strafe wegen der Vorstrafen seine Vorstrafe aufgeben mußte, wie er in der Friedrichstraße ein Schreibbüro eröffnete und sich schließlich entschloß, weil es ihm an Betriebskapital mangelte, wieder Einbruchsdiebstähle zu begehen. Um sein Verlöbniß mit einem jungen Mädchen nicht aufgeben zu müssen, legte er sich den Namen Kostrom zu; der Name Janoschka wies ja im Polizeipräsidium ein allzu langes Strafregister auf.

Janoschka ist geständig. Nur in drei Fällen will er sich zu unrecht bezichtigt haben; er habe durch dieses Geständnis den Kriminalkommissar veranlassen wollen, ihm Begegnungen mit der Braut zu gestatten.

Gesetzhüter Fried



„Je älter ein Gesetz ist, desto anwendbarer erscheint es mir“

Ramsin der Zweite.

Moskau sucht Angeklagte gegen Bezahlung.

Dass man sich in Moskau eifrig auf eine zweite Auflage des Ramsin-Prozesses vorbereitet, ist allgemein bekannt. Zweifel bestehen bloß darüber, welcher Art diese Neuinszenierung sein wird. Das Blatt des früheren hohen Sowjetbeamten und jetzigen „Emigranten“ Bessedowski glaubt Bescheid zu wissen und veröffentlicht eine ebenso sensationelle wie amüsante Geschichte, die, wenn sie nicht wahr sein sollte, wahr sein könnte. Der nächste Prozeß in Moskau soll der sogenannten „dritten Emigration“ gewidmet sein — mit anderen Worten: all den früheren hohen und niederen Sowjetbeamten, die sich in den letzten Jahren gewelgelt haben, in die Union zurückzuführen und, teilweise zum Tode verurteilt, sich im Ausland, in der Hauptsache in Paris, in einer Organisation zur Bekämpfung des Stalinismus auf der Plattform des „reinen Kommunismus“ zusammengefunden haben.

Nun soll, wie das Organ des Herrn Bessedowski, „Der Kampf“, berichtet, ein gewisser D., ein Emigrant vom Jahrgang 1927, übrigens nicht Mitglied der Gruppe „Kampf“, an das Blatt eine Eingabe gerichtet haben, in der es u. a. wie folgt lautet: Er sei aufgefordert worden, das Generalkonsulat der Sowjetunion aufzusuchen, um hier 500 Franken entgegenzunehmen, die angeblich von seiner Frau aus Rußland eingetroffen seien. Im Generalkonsulat harnte seiner ein feierlicher Empfang. Käufer dem Generalkonsul Kusmin und dem Bizekonsul Speranski nahm daran auch Legationsrat Igin-Stenewski teil. Man versuchte D. zu überreden, nach Rußland zurückzukehren. Es wurde ihm nicht nur volle Amnestie, sondern auch die Wiederaufnahme in die Partei und ein hoher Posten versprochen. Unter einer Bedingung... er müsse sich verpflichten, in dem bevorstehenden Prozeß der „dritten Emigration“ als Angeklagter zu fungieren und insbesondere die Gruppe Bessedowski als Agenten der Bourgeoisie, Spione der verschiedenen Informationsbüros, Abenteurer und dergleichen mehr zu entlarven.

Als D. darauf erwiderte, daß er selbst beim besten Willen nicht in der Lage sei, auch nur das geringste zu entlarven, da er ja nicht Mitglied der Gruppe „Kampf“ sei, und über die Tätigkeit dieser Gruppe keine blasse Ahnung habe, da wurde ihm erklärt, das sei bedeutungslos, man würde ihm das Material schon zur Verfügung stellen. D. blieb aber bei seiner Weigerung.

Somit das Organ des Herrn Bessedowski. Was daran wahr ist und was nicht, mag dahingestellt bleiben. Es genügt aber, daß nach der samsonischen Inszenierung des Prozesses Ramsin überhaupt derartige Behauptungen in die Welt hinausgeschickt und... geglaubt werden können.

Gekarte Hafenkreuzfilme.

„Gewisser Druck“ auf Lichtspielhäuser.

Der „Alarm“ ist ferner in der Lage, eine Reihe von wichtigen Geheimrundschriften der NSDAP. zu veröffentlichen. Darunter befindet sich ein Rundschreiben des Reichspropaganda-Leiters Goebbels über die Filmpropaganda. Es heißt darin:

„Gekarte NS.-Spielfilme sind in erster Linie zur regulären Vorführung in neutralen Theatern gedacht und sollen von dort aus für uns werben. Sie müssen gut gemacht sein und über dem allgemeinen Filmdurchschnitt stehen, damit sie nicht von vornherein von der Filmbeichte abgelehnt werden. Wegen der Herstellung solcher Filme stehen wir bereits mit deutschen Firmen in Verhandlungen.“

Die NSDAP. muß durch die Massen ihrer Anhänger auf die Programme der Lichtspielhäuser einen gewissen Druck ausüben. Nazistilische und andere zersetzende Tendenzfilme müssen verschwinden und dafür unsere gekarten Filme auf den Spielplan gesetzt werden.“

Man wird also genau acht geben, welche Filme namentlich die Ufa-Theater in der nächsten Zeit spielen werden!

Wie der „gewisse Druck“ aussieht, hat die Öffentlichkeit inzwischen erfahren. Weiße Kreuze und Stintbomben sind seine Hauptwaffen.

Ob die Oberfilmprüfstelle, das Auswärtige Amt und das Reichsinnenministerium nun erkennen, daß sie sich in der Angelegenheit des Remarque-Films zu Handlangern der nationalsozialistischen Reichspropagandaleitung gemacht haben?

Der „Alarm“, Kampfblatt gegen Volksbetrug und Volksverleugung, ist in der Lage, weitere Geheimdokumente der Nationalsozialisten zu veröffentlichen. Die Zeitschrift erscheint monatlich zweimal. Preis 68 Pfennig für zwei Monate. Adresse: S.B. 68, Reuenburger Str. 37.

Fromm, reaktionär und verlogen.

Evangelische Propaganda gegen die Republik.

Ein kirchliches Gemeindeblatt von Berlin-Dahlem — herausgegeben von Pfarrer Raab — hat am 18. Januar in einem Aufsatz der berühmten Reichspräsidentenwahl durch monarchische Spießbücherei die richtige Weihe zu geben versucht. In diesen im Traktatstil gehaltenen Ausführungen lesen wir:

„Ich habe Achtung vor der Persönlichkeit des ersten Reichspräsidenten. Ich bin überzeugt, er war ein Mann guten Willens. Aber zwischen dem Herrscher Eberts in den Novembermonat 1918 und der traurigen Wirklichkeit klafft eine große Kluft.“

Das geht noch über die Dostojewskij-Legende. Es ist einem Pfarrer vorbehalten geblieben, die großmächtigen Worte Wilhelms des Vandalen zum Reichspräsidenten Friedrich Ebert in den Mund zu legen! Wilhelm von Doorn war es, der diese Worte gebrauchte — und noch heute müssen sich Sozialdemokraten und Republikaner abmühen, dem Volke die Last der schweren Zeiten zu erleichtern. In die Wilhelm der Großmächtige uns hineingeführt hat!

Zwei neue Sowjetlander. Die Sowjetregierung hat den Bau von zwei Junktionen, die im Jahre 1932 fertiggestellt werden sollen, genehmigt. Die erste Junktion soll in Kogin in der Nähe von Moskau und die zweite in Komolowitsch errichtet werden. Beide Sender sollen durchschnittlich mit 100 bis 125 Kilowatt arbeiten und der internationalen Propaganda dienen, und zwar die erste Station in europäischer Sprache und die zweite in asiatischer und japanischer Sprache.

Aufgeschobene Anflage

Eine weitere Aufgabe des Staatsgerichtshofs des Dritten Reichs

Die Sprengung der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags vom 21. Januar, die bei Beratung des Justizetats von einem nationalsozialistischen Schimpfamt und einem unsfähigen nationalsozialistischen Bizevorsitzenden verursacht wurde, wird nachträglich von diesem Bizevorsitzenden, dem Abgeordneten Reinhardt, in einem nationalsozialistischen Blättchen unter allerlei Entstellungen zu verteidigen versucht. Nach einem langen Schmus, den Reinhardt über den Verlauf der Sitzung gibt, die, wie er stolz betont, „unter meinem Vorsitz stand“, legt dieser stellvertretende Ausschußleiter das folgende beachtenswerte Bekenntnis ab:

„Ich erkläre in aller Eindeutigkeit, daß ich restlos zu den Ausführungen meines Parteifreundes Schwarz stehe und daß diese Tatsache durch die Erteilung des Ordnungsrufs in keiner Weise abgeschwächt wird. Zu den Ausführungen des Juden Rosenfeld erkläre ich, daß ein marxistischer Laie nicht den Führer der deutschen Freiheitsbewegung Adolf Hitler und nicht den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels beleidigen kann, und daß ich auch hier nur, um der Geschäftsordnung zu genügen, einen Ordnungsruf erteilt habe. Die Anpöbelungen der Sozialdemokraten gegen Adolf Hitler und gegen Dr. Goebbels stellen eine Anpöbelung der heute in Deutschland stärksten politischen Partei und somit eine Anpöbelung von

mindestens zehn Millionen Volksgenossen und Volksgenossinnen dar. Das Urteil darüber wird der nationalsozialistische Staatsgerichtshof sprechen.“

Der Staatsgerichtshof des Dritten Reichs wird also den Abg. Rosenfeld und selbstverständlich auch die übrigen Mitglieder des Ausschusses, die gegen den stellvertretenden Vorsitzenden Stellung nahmen — das waren Vertreter aller bürgerlichen Parteien mit alleiniger Ausnahme der Deutschnationalen —, vor sein Forum zitieren und dann werden Köpfe rollen. Wie wird es aber Herrn Reinhardt ergehen, wenn der Staatsgerichtshof des Dritten Reichs erfährt, daß er sich, an seine Pflicht gemahnt, zunächst wie ein hilfloser Junge benahm, der nicht wußte, was er tun sollte. Erst nachdem er sich selbst ein bißchen Mut eingepumpt hatte, spielte er den starken Mann. Nachträglich entschuldigt sich Reinhardt förmlich vor seinen Parteigenossen mit der Erklärung, daß er seinen Kollegen Schwarz zur Ordnung gerufen habe, „lediglich, um der gegenwärtig bestehenden Geschäftsordnung zu genügen“. Zugleich aber läßt er seinen Zweifel darüber, daß er sich mit seinem Fraktionskollegen, der die alten Sitten der Ausschußberatung mit Füßen trat, sichtbar erklärte. Wird der Haushaltsausschuß diesen stellvertretenden Vorsitzenden noch weiter als Hüter seiner Ordnung anerkennen?

Der Ruin Ostoberschlesiens

Im Sejm auschluß nachgewiesen

Warschau, 29. Januar.

Im Haushaltsauschluß des Sejm wurde der Haushalt des Finanzministeriums beraten. Der deutschbürgerliche Abg. Rosjmet-Oberschlesien bezweifelte, ob die veranschlagten Einnahmen auch eingehend werden. Der Kapitänmangel in Polen sei mit darauf zurückzuführen, daß der Staat große Summen für unwirtschaftliche Unternehmen verschleudere. So sei das neue Städtewerk in Roszice nur errichtet worden, um die Chorzower Werte allmählich abzubauen. Es werden neue staatliche Eisenbahnwerkstätten gebaut, obwohl in Oberschlesien private leistungsfähige Werkstätten bestehen — allerdings zumeist in Händen von Deutschen. Polen hätte im Jahre 1930 sicher eine Auslandsanleihe erhalten, wenn der Finanzminister für Reifizierung des Handelsvertrags mit Deutschland gesorgt hätte. Das jetzige Steuerregime erschwere die Handelskalkulation außerordentlich. Die Finanzämter stellen willkürlich Steuerfahndungen an, so daß zum Beispiel

dieselben Geschäftskategorien oft ganz verschiedene Einkommensteuern entrichten müssen, je nach der Volkzugehörigkeit des Inhabers.

Kohle ist in Polen vielfach höher bepreist als in der Tschechoslowakei und in Deutschland, so daß die Industrie nicht rentabel produziert. Polen hat zuviel und zu schlecht bezahlte Beamte. Nicht die Gehälter, sondern die Beamten müßten abgebaut werden. In Siemianowicz i. D.S. hat es zur deutschen Zeit einen Postzettelkommissar mit 14 Polizeibeamten gegeben, heute 75 Polizisten.

Gracynski-Dehe geht schon los.

Kattowitz, 29. Januar.

Die „Polka Zachodnia“, das Blatt des Wojewoden Gracynski, nimmt jetzt in einem Artikel zu der Entscheidung des Völkerbundsrates Stellung. Die Ausführungen des Blattes zeigen mit aller Deutlichkeit, wie man sich in nationalpolnischen Kreisen die Aenderung des in Genf verurteilten Systems denkt. In dem Artikel heißt es u. a., die Genfer Entscheidung habe in Kreisen des Deutschen Volksbundes das „Gefühl der Widerpenflichkeit“ verstärkt, denn es liege im Plan der Reichsregierung, daß sich jede Völkerbundstagung mit aktuellen Klagen aus Oberschlesien beschäftige. Das polnische Ansehen verlange zwar, daß alles getan werde, um diese Prozeßsucht auf ein Mindestmaß zu beschränken, aber nur Konzessionen könnten glauben, daß sie sich vor den Anklagen des Völkerbundes nur dann retten könnten, wenn die Bevölkerung der „aktiven und aufmerksamen polnischen Kräfte“ in Oberschlesien beraubt sei. Es sei nur ein Glück, daß der Wert des Pazifizierungsprogramms, wie es bereits vor dem Amtsantritt Gracynskis ausprobiert wurde, rechtzeitig erkannt worden sei. Damals (vor der Amtszeit Gracynskis) sei der Volksbund auf der ganzen Linie in der Dissens gewesen und er habe Triumphe gefeiert. Der nationale Gedanke sei damals vollständig erloschen gewesen, und das Polentum habe den Gnadenstich erwartet. Das Polentum in Schlesien könne daher im Kampf gegen die realpolitischen Absichten Deutschlands solche aktiven Persönlichkeiten wie Gracynski, und ebenso die Tätigkeit des Westmarkenvereins nicht entbehren.

Blum für Auflösung.

Laval schlimmer als Lardieu.

Paris, 29. Januar.

Die sozialistische Partei erteilt dem Kabinett Laval durch Leon Blum in einem Artikel im „Populaire“ eine sehr energische Abfage. Es heißt dort, das Kabinett Laval sei für die Sozialisten nur eine andere Aufmachung des Kabinetts Lardieu, vielleicht sogar noch etwas schlimmeres. Wenn man die persönlichen Elemente mit in Rechnung stelle und gegeneinander abwäge, dann stelle man fest, daß das Kabinett Laval noch mehr nach rechts neige. Es wäre hundertmal besser, wenn die Rechtsparteien offen die Regierung übernahmen, und zwar ihr Führer selbst, Louis Marin. Noch besser wäre es aber gewesen, das Parlament aufzulösen, anstatt während einer Kampferiode die Agonie einer Mehrheit zu verlängern, von der das Land nichts mehr wissen wolle.

Französische Anleihen für Deutschland.

Zustimmende Äußerungen der Pariser Presse.

Paris, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Trotz der Dementis, die die Nachricht von der Auflegung einer großen deutschen Anleihe am Pariser Kapitalmarkt erfahren hat, findet der Gedanke einer kräftigen Finanzhilfe an Deutschland in Paris immer mehr Anhänger. Nicht nur die französische Linkspresse tritt am Mittwoch im Interesse der Versöhnung für eine engere finanzielle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ein, auch in der Rechtspresse macht sich immer lauter die Meinung geltend, daß mit Deutschland ein gutes Geschäft zu machen sei. Selbst die nationalsozialistische „Journal des Debats“ findet eine Kredithilfe an Deutschland durchaus „bemerkenswert“. Im besten Falle aber dürfte es nach einige Zeit dauern, bis die technischen und politischen Schwierigkeiten für eine solche Anleiheoperation beseitigt werden könnten. Inzwischen aber ist mit Befriedigung festzustellen, daß der Betrag der von Privatbanken in letzter Zeit nach Deutschland gegebenen Kredite außerordentlich, und zwar um einige 100 000 Mark gestiegen ist.

„Afrika spricht“ im Landtag.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Im Preussischen Landtag ist eine kleine Anfrage der Abgeordneten Winger und Küttner (Soz.) eingebracht, in der auf eine in dem amerikanischen Film „Afrika spricht“ enthaltene Szene hingewiesen wird, die die Zerreißung eines Negers durch einen Löwen zeigt. Es wird in der kleinen Anfrage erklärt, daß die Tatsache dieser Vorführung in der Öffentlichkeit... große Empörung hervorgerufen habe. Es sei sogar vielfach der Verdacht geäußert worden, daß es sich nicht um einen Unfall gehandelt habe, sondern daß der getötete Neger absichtlich in den Tod

geschickt worden sei. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es bereit sei, darüber Aufklärung zu schaffen und gegebenenfalls Auskunft zu geben, ob hier wirklich der Tod eines Menschen zur Befriedigung roher Schaulust verursacht oder geduldet worden ist, und, falls die Untersuchung ein bestehendes Reklutat ergibt, bei den zuständigen Reichsstellen entsprechende Schritte gegen die Vorführung dieser Szene zu unternehmen.

Die Kommission.

Arbeitslosenversicherung auf dem Sezierrisch.

Die von dem Reichstanzler berufene und hauptsächlich aus Fachwissenschaftlern bestehende Kommission zur Erörterung des Problems der Arbeitslosenversicherung setzt sich wie folgt zusammen: Dr. Brauns, Reichsminister a. D., als Vorsitzender; Batscki, Oberpräsident a. D.; Dr. Dorich, Präsident des Reichsversicherungsamts; Dr. Engler, Präsident des Landesarbeitsamts Hessen; Dr. Fried, Ministerialdirektor a. D.; Dr. Heymann, Professor in Hamburg; Fräulein Hoppmann, Leiterin der katholischen Frauenvereine; Dr. Volligkeit, Professor in Frankfurt, und Dr. Zahn, Leiter des Statistischen Landesamts in München.

Der Mann mit dem Jagdschein

Hintler verwechselt die Klassen.

Zeig, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Der nationalsozialistische Abgeordnete und Bezirksleiter der Nazis in Halle, Hintler, ist dieser Tage, wie wir mitteilen, von Hintler seines Amtes als Gauleiter entbunden worden. Wie der „Volksbote“ in Zeig dazu zu berichten weiß, wurde Hintler, der nicht genug über die „Barmat-Korruption“ schimpfen konnte, wegen Veruntreuung mehrerer tausend Mark Parteigelde in die Wüste geschickt. Obwohl Ehren-Hintler ein Monatslohn von hatte, das zwischen 1200 und 1300 Mark schwankte, vergriff er sich an der Hitler-Kasse, bis er schließlich bei einer Revision entlarvt wurde.

Bürgermeister Schöly 60 Jahre. Der stellvertretende Oberbürgermeister Berlins, Bürgermeister Schöly, feiert heute seinen 60. Geburtstag. Stadtrat Wuyky und Stadtratsordnenvorsteher H. haben dem Bürgermeister die Glückwünsche der städtischen Körperschaften überbracht und hierbei ein Schreiben überreicht, in dem die Verbienste des Bürgermeisters um die Stadt Berlin anerkannt werden.

Für die Bürgermeister der Bezirke und die gesamten Bezirksämter überbrachten Bürgermeister Augustin und Bürgermeister Seid gleichfalls persönlich die Glückwünsche.

Mexico kauft Kriegsstärke ab. Die mexikanische Regierung beabsichtigt, aus Sparmaßnahmsrücksichten ihre kleine Kriegsstärke, die aus ein paar Kreuzern, einigen Kanonenbooten und Transportschiffen besteht, abzugeben.

Filmpremiere im „Babylon“.

„Lachendes Leben“ und „Feuertransport“.

Der neue Kassenfilm behandelt eine Episode aus der ersten großen Revolution des russischen Proletariats aus dem Jahre 1906. Im „Feuertransport“ wird der unterirdische Kampf der Arbeiterschaft mit der russischen Geheimpolizei, der Ochrana, höchst eindrucksvoll geschildert, zum Teil mit den gleichen Methoden, die wir von den amerikanischen Kriminalfilmen her kennen — nur mit dem Unterschied, daß hier lebendige Teilnahme auf Seiten der Arbeiter ist, während uns der Kampf der Polizei mit den Verbrechern in amerikanischer Aufmachung gleichgültig ist. In mancher Hinsicht erinnert der Film an den „Blauen Express“. Auch hier sind wieder ganze Szenen im Eisenbahnzug statt, in dem die Polizei den Organisator des Waffenverkehrs entdeckt und mit ihm in einen Kampf kommt. Aber die Verschwörer haben überall ihre Anhänger, und so entkommt ihr Führer mit Hilfe der Eisenbahnangehörigen. Sehr spannend ist dann der Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht in einem Waggonskabinett, in dem die Waffen verborgen waren. Der Führer wird verhaftet, aber seine Mitverschwörerin Rita vermag den Waggonskoffer durchzuführen, indem sie sich eines galanten Offiziers bedient. Die Befreiung des Führers bei der Ankunft auf dem Bahnhof, die Entlassung und der Strafauflage an dem Spiegel und das glückliche Entkommen der Waggonskoffer bilden den mit immer neuen Spannungen gesättigten Schluss des Filmes. Das Spiel der Darsteller ist wie immer in russischen Filmen hervorragend. Der Name des Regisseurs ist **Zwanow**.

Hubert Schonger zeigte seinen neuen Film „Lachendes Leben“, einen Propagandafilm für Freileichtkultur und Gymnastik. Das unhygienische Leben des modernen Menschen im Kerker des Büro und in der Ironie der Maschine, in den engen Wohnungen und den lästigen Höfen wird mit ihren Folgen, insbesondere der Degeneration der Kinder, drastisch vorgeführt. Das Heilmittel wird gezeigt: die Flucht in die Natur, in die Wälder, in die Seen, wo sporttreuende und nackte Menschen sich tummeln. Es gibt eine Fülle schöner Bilder; entzückende Kinder, die in Freiheit aufwachen, eifrige Sportfreunde, Reigen und Tänze in Licht und Luft, trainierte, schöne Körper, die um das Feuer tanzen und mit dem rhythmischen Spiel der Wellen wetteifern. In der Herstellung des Filmes haben zahlreiche Kräfte mitgewirkt: Lichtschulze, Dorn, Gymnastik- und Tanzschulen. Der Film wird gegenständige Arbeit leisten und die Menschen sich auf ihren Körper befinden lehren. r.

Reise eines Malers durch Japan

Emil Drlik spricht über Japan.

Angeregt vielleicht durch die Ausstellung moderner Japaner in der Akademie plauderte Professor Drlik vor dankbaren Zuhörern in dem Hörsaal der Kunstbibliothek über seine Eindrücke in Japan in seinem angenehmen, heiteren, lässigen, im besten Sinne altmeisterlichen Ton. Er wollte keine „ewigen Wahrheiten“ verkünden, er betonte auch zum Schluß noch einmal die subjektive Urweisheit, daß wir erst anfangen, etwas zu wissen, wenn wir einsehen, daß wir nichts wissen. Mit überlegener Systemlosigkeit folgten sich Anekdoten, Erinnerungen, Erzählungen über Geißhas, Teebereitung, Hauseinrichtung, Blumenpflege, Theater, Schrift und Malerei der Japaner, und fast alles nur an Hand einer endlosen Reihe oft ganz köstlicher Photographien aus dem alten Inselreich des Ostens. Drlik war, wie man weiß, 1900 zum ersten Male in Japan, und gleich sehr gründlich; er bequemt sich den Lebens- und Keiseleben des Landes an, er lernte alle Volksschichten kennen, er verkehrte mit Schauspielern und Künstlern und drang ortskundig und arbeitend in die Geheimnisse des alten Kunsthandwerks, vor allem des Holzschlittens, ein. Nur so war es ihm möglich, uns einen recht anschaulichen und persönlichen Begriff der schönen alten Kultur Japans zu vermitteln, ohne Rednerkriecher, kraft seiner suggestiven Künstlerpersönlichkeit.

Leider gehört das alles nun schon in wesentlichen der Vergangenheit an. Was Drlik noch vor 20 Jahren erleben konnte, wird heute kaum einem Wissenden mehr sichtbar werden, er wagt sich denn in entlegene Gegenden. Denn die unerbittliche Grobmannschaft der modernen Japaner, die sich am liebsten mit Haut und Haaren dem Teufel der westlichen Zivilisation verschreiben möchten, sorgt für fortschreitende Europäisierung und Vernichtung ihrer eingeborenen, tausendjährigen Kultur. Armes Volk, dem die Politik sein Bestes, Unersehbares nimmt. p. f. sch.

„Aschermittwoch.“

Titania-Poloff.

Der Fasching soll eine lustige Angelegenheit sein. Im Film entwickelt er sich dagegen immer zu einer Katastrophe, von der überhaupt nichts berichtet wird, wenn Vortragsformen darin eine Rolle spielen. Die Konjunktur verlangt augenblicklich Uniformen, also wird der „Aschermittwoch“ zu einer kummervollen Tragödie mit Leiden.

Soldaten und Fasching bedeuten nur die Kulisse, denn die Vorgänge könnten sich zu jeder Zeit und in jedem Milieu abspielen. Sie sind übrigens nicht weiter originell. Eine Frau findet einen anderen Mann reizvoller als ihren angetrauten. Aus Gründen der dramatischen Spannung werden die Liebenden überrascht, ohne daß etwas vorgefallen ist. Der Liebhaber erschließt sich, die Frau zieht in die weite Welt, und der Chemann resigniert. Ein kleines, blondes, teufelhaft lebendes Mädchen betrauert den Dahinscheidenen.

Dieser Stoff ist gut aufgebaut mit sehr geschickten Retardierungen. So sieht immer so aus, als ob es auch anders kommen könnte. Der Regisseur Johannes W. R. erzieht in Szenischen Wirkungen, behandelt dagegen die Darsteller zu humanität, er legt sie nur auf eine Note fest. Cläre Romaner macht in dämonische Ergötze, Gerson Holt ist allein das blonde Reh, und Stüwe begnügt sich mit einer starken Uniformhaltung. Die Ausnahme bildet Diehl, der einen wirklichen Menschen hinstellt.

Somit sollte man endlich einmal die Soldatenpropaganda lassen. Auch der Militärroman müßte von dieser Glorifizierung der Offiziere die Nase voll haben. Hier wie in den anderen Filmen dieses Genres wird der gemeine Soldat nur als komische Type behandelt. F. Sch.

Der Ertler. Das Reichliche Theater und der Hund Deutlicher Theater widmen ihren ersten Vortragabend am 2. Februar, 20 Uhr, Bogdan, Bedaberer Str. 3, Bruno Schönlank, Gerda v. Selow, Robert Sey, die aus eigenen Worten lesen.

Der Bühnennachwuchs. Gautschi Berlin, die einzige Veranlassung für die Bühnennachwuchs, zeigt am 1. Februar in die ehemaligen Räume der Berliner Kunstbühne, Potsdamer Str. 4, Telefon: Einmüllersweg 3 2, 19 Uhr 8881.

Der Janauer haben Mas Indjans wird in der Komödie der Gollubüne am 1. Februar, 10 Uhr, ein schone ganz neues Programm zeigen.

Der erste Fernseh-Tonfilm

Ein Funkeperiment in Chicago

Vom Chicagoer Sender wurde nach einer Pressemeldung vor kurzem zum erstenmal ein Fernseh-Tonfilm übertragen. Es handelt sich aus dem Grunde um ein bedeutendes Ereignis, weil dadurch der erste Schritt auf dem Wege zum sprechenden Fernfilm gemacht ist. Die Durchführung dieses Experimentes litt naturgemäß noch unter allerlei Mängeln.

Es wurde ein Kurzfilm gefilmt, der den Titel führte: „Der Traunkünstler“. In technischer Beziehung ist diese Vorführung des ersten Fernseh-Tonfilms allerdings nicht mehr ein Ereignis von unerhörter Neuigkeit, denn es handelt sich dabei nur um eine Verbindung von drahtlos gefilmtem Film und drahtlos gefandter Rede. Bemerkenswerterweise war auch die Übertragung des Tons viel besser und klarer, als die des Bildes. Im Prinzip handelt es sich bei der Herstellung von Fernseh-Tonfilmen darum, die Filmbilder klar zu übertragen. Auch bei dem ersten Fernseh-Tonfilm wurde aber eine gute und scharfe Übermittlung der Bilder noch nicht erreicht. Vor ungefähr einem Jahr sind bekanntlich die ersten Versuche gemacht worden, gewöhnliche Filme drahtlos zu senden. Damals mußte man an dieses Ereignis die größten Hoffnungen, denn man nahm an, daß die noch vorhandenen technischen Schwierigkeiten, die eine einwandfreie Übermittlung der Bilder verhinderten, in kurzer Zeit behoben sein würden. Es wurden zahlreiche neue Systeme erfunden. Aber mit keinem System konnte man bisher wirklich scharfe und klare Bilder senden, die nur entfernt an die Deutlichkeit des gewöhnlichen, auf der Leinwand erscheinenden Films heranreichten. Trotzdem ruhten natürlich die Bestrebungen nicht, das Fernsicht zu schaffen.

Nachdem nun der stumme Film fast völlig vom Tonfilm besiegt worden ist, gingen die Erfinder dazu über, Apparate zu erfinden, mit deren Hilfe man sprechende Filme fernsenden kann. Ein Berliner Ingenieur trat sogar bereits im Frühjahr vorigen Jahres mit einem neuen Verfahren hervor, einen Fernsehfilm in natürlichen Farben senden zu können. Dieses Verfahren arbeitet nur mit den verschiedenen Wellenlängen, durch die sich die einzelnen Farben

unterscheiden, so daß nicht wie bei dem farbigen Fernfilm des Engländers Baird drei Bilder gesandt zu werden brauchen, sondern nur eins. Der Sender weist eine so große Anzahl von Wellenlängen, die stets je für eine Farbe in Betracht kommen, auf, daß es möglich ist, so viel Farben zu übertragen, wie man will. Wir haben also nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland bereits zahlreiche Apparate, mit deren Hilfe man nicht nur Fernsehfilme, sondern auch Fernsehfilme in natürlichen Farben senden kann. Die Erzeugung von sprechenden Fernsehfilmen erfordert nur eine verhältnismäßig einfache technische Vorrichtung, durch die bei der drahtlosen Sendung die Gleichzeitigkeit von Bild und Ton gewährleistet wird. Der erste gelangene Versuch auf diesem Gebiete ist die Sendung des Kurzfilms „Der Traunkünstler“ von Chicago aus.

Es fragt sich nun, welche Bedeutung in praktisch technischer Beziehung diesem ersten Fernseh-Tonfilm innewohnt. Wirklich epochemachend wäre er dann, wenn die Bilder (scharf) erschienen wären, das heißt, wenn ein neuer Apparat in Tätigkeit getreten wäre, der es ermöglicht, die vollständigen Bilder eines gewöhnlichen Films mit wenigstens annähernder Deutlichkeit auf drahtlosem Wege zu übertragen. Dieses Ziel ist aber noch nicht erreicht. Auch der Chicagoer Sender leidet unter dem Mangel aller anderen Fernseh- oder Fernsehfilmapparate, nämlich unter der geringen Deutlichkeit der Bilder und der geringen Ausdehnung, die diese Bilder haben. Es ist noch nicht möglich, einen richtigen Film in voller Größe über weite Strecken auf drahtlosem Wege zu senden. Ein Fortschritt gegenüber dem ersten stummen Fernsehfilm ist in dieser wichtigen und ausschlaggebenden Beziehung noch nicht erreicht. Die Kombination von Film und Wort ist aber nicht so erheblich, daß man an diesen Versuch die Hoffnung knüpfen dürfte, die amerikanische Presse bereits ausdrückt. Auch die große Klarheit, mit der die Worte der sprechenden Personen gehört werden, kann nicht als besonderer Gewinn betrachtet werden, da ja auch der Rundfunk heute schon auf weiteste Strecken in größter Reinheit den Ton überträgt. Wenn auch nach allgemeiner Anschauung der Deutlichkeit die erste Sendung des Fernseh-Tonfilms ein bedeutungsvolles Ereignis ist, so ist doch der sprechende Fernfilm noch sehr fern.

Berlin im Matsch.

Ueberschwemmte Straßen. Weitere Schneefälle in Sicht.

Die außerordentlich starken Schneemengen, die gestern abend und die ganze Nacht hindurch niedergingen, haben sich bei den etwas über Null Grad liegenden Temperaturen sehr schnell in Matsch verwandelt; viele Straßen waren in den Morgenstunden kaum passierbar. Die Schneemengen hatten die Gullies verstopft und große Wasserlachen bildeten sich an den Bürgersteigen.

Seit gestern abend ist die städtische Straßenreinigung mit über 3000 Angestellten und Hilfsarbeitern dabei, Berlin von den Schnee- und Schlammfluten zu befreien. 230 Schneepflüge durchfahren ununterbrochen die Straßen, wobei in erster Linie die Hauptverkehrsader in der City berücksichtigt wurden. Gegen 10 Uhr früh war wenigstens die Innenstadt wieder einigermaßen passierbar. Die städtische Straßenreinigung hofft, auch die übrigen Stadtteile im Laufe des Tages wieder sauber zu bekommen. Dieser neue Schneefall verursacht dem Stadtfiskus gleich wieder eine Mehrausgabe von rund 23 000 Mark.

Im Betriebe der Berliner Verkehrsmittel ist es nirgends zu Störungen gekommen, da rechtzeitig dafür Sorge getragen wurde, daß die Gleisanlagen und Schienen von den Schneemengen freigemacht wurden.

Neuer Schnee und Frost in Sicht?

Die starken Schneefälle hängen mit dem Barometrischen einer Depression zusammen, die gestern über der westlichen Nordsee und Ostengland lag. Die Depression ist nach Südosten abgezogen und lag heute früh mit ihrem Kern in der Nähe Berlins. In ganz Deutschland herrscht allgemein trübes Wetter. Besonders ergiebig waren die Schneefälle im Gebiet zwischen der Weichsel

und Elbe. In Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Westfalen und der Grenzmark herrschten 1 bis 2 Grad Kälte. Für unser Gebiet ist wahrscheinlich schon in den nächsten Stunden ebenfalls mit einem Sinken der Temperaturen und mit neuen starken Schneefällen zu rechnen. Wie sich der Witterungscharakter dann weiter entwickeln wird, ist noch nicht ganz gewiß.

Winterpracht vor der Stadt.

Während in der Innenstadt die Berliner über den wenig angenehmen Matsch klagen, bietet sich in den Außenbezirken, in den Wäldern an Havel und Spree ein Bild herrlichster Winterlandschaft. Tief verschneit liegt der Grunewald, auf den Zweigen der Bäume ruht der Schnee mehrere Zentimeter hoch und die mit Fichten und Tannen bestandenen Reviere wirken in ihrer märchenhaften Schönheit wie stille Gebirgswälder. Nur selten bekommen wir derart zaubernde Landschaften in unserer näheren Umgebung zu sehen.

500 Häuser zerstört.

Schweres Erdbeben in Albanien.

Tirana, 29. Januar.

Ein heftiges Erdbeben richtete in der Gegend von Gorkha (Ostalbanien) bedeutenden Sachschaden an. In Gorkha selbst wurden 500 Häuser zerstört. Bisher wurden vier Tote geborgen. Die von einer Panik ergriffene Bevölkerung flüchtete auf freie Feld. Eine Hilfsaktion wurde eingeleitet. Zwei Flugzeuge sind von Tirana ausgeschickt worden, um das Erdbebengebiet zu überfliegen und die Ausdehnung der Schäden festzustellen, da alle Telefon- und Telegraphenverbindungen unterbrochen sind.

Ugrardebate im Landtag

Programmrede des Landwirtschaftsministers

Der Ungarische Landtag legte am Donnerstag die zweite Lesung des Landwirtschaftssetzes mit einer ausführlichen Programmrede des Landwirtschaftsministers Dr. Steiger fort. Er führte aus:

Angesichts der Unmöglichkeit weiterer Roggenausfuhr ist das Problem des Roggenanbaues im Osten weder mit der Zerstückelung des Großgrundbesitzes, noch mit der Konzentrierung zu lösen. Es ist erschütternd, wie wenig Kartoffeln und Roggen aus dem Osten das übrige Deutschland braucht. Man wird nicht darum herumkommen, die geringwertigen Böden im Osten aufzufurten. Die Gefahr einer Roggenmehlknappheit für die Brotversorgung besteht nicht, mindestens nicht bei einer normalen Ernte. Der Beherrschungszwang hätte die Erntegewinnung des Reiches zu einem vollen Erfolg geführt und das Brotegetreide überflüssig gemacht.

Bei der Kartoffelverarbeitung handelt es sich natürlich nur um das Wegbringen der Spitzenmengen vom Markt. Für die Errichtung neuer Molkereifabriken sind leider weder Rohstoffe noch Staatsmittel mehr vorhanden. Die Verlagerung der Schweinefleisch nach dem Osten ist nicht aufzuhalten, aber sie vollzieht sich glücklicherweise langsam.

Bei der Rindviehzucht und der Milchwirtschaft muß die Selbsthilfe der Landwirte die ausschlaggebende Rolle spielen. Haupterzeuger der Rindviehzucht sind die kleinen und Mittelbauern, aber gerade bei ihnen ist von Milchleistungsprüfung noch kaum die Rede. In der Milchwirtschaft hat die deutsche Landwirtschaft noch große betriebswirtschaftliche, produktionstechnische und organisatorische Aufgaben zu lösen. Völlig ist sie nicht, gerade ist unrettbar immer mehr ins Hintertreffen gegenüber der Auslandskonkurrenz, z. B. neuerdings der der Niederlande und Neuseeland. (hört, hört!)

Der Minister verbreitet sich dann über seine Bemühungen, bei Gemüsen und Obst ein einheitliches Angebot zu schaffen. Das neue Standardgesetz (Handelsabfertigungsgesetz) werde dabei eine wertvolle Hilfe sein. Beim Zuckereport habe die deutsche Landwirtschaft im laufenden Jahre 120 Millionen Mark zugelegt. (hört, hört!) Dabei sei der Zuckerverbrauch im Inland infolge der isolierten Wirtschaftslage in den letzten beiden Jahren stark zurückgegangen.

Zum Schluß verbreitet sich der Minister über die Fragen der Handelspolitik. Bei allem Wunsch, die überflüssige Einfuhr zu beschränken, sei ein allgemeines Verbot der Einfuhr agrarischer Produkte oder Beseitigungsprodukte nicht zu erreichen. Auch an

dem Weltbegünstigungssystem müsse festgehalten werden, weil es eine unerlässliche Voraussetzung deutscher Industrieausfuhr sei. Aber trotzdem könne man versuchen, besondere Präferenzsätze mit den südosteuropäischen Staaten zu vereinbaren. Das preußische Landwirtschaftsministerium habe nicht nur die Interessen der Landwirtschaft mit größtem Nachdruck wahrgenommen, sondern auch die Reklame für ihre Produkte im letzten Jahr nach Kräften organisiert. (Heiterkeit und Beifall.)

Die tschechische Volkszählung.

Anfragen der deutschen Minderheit.

Prag, 29. Januar.

Die deutschen Abgeordneten haben auf Grund von Meldungen, wonach in drei mährischen Städten die deutsche Bevölkerung unter die Grenze von 20 Proz. gesunken sei, den Beschluß gefaßt, eine gemeinsame Aktion aller deutschen Parteien, gleichviel ob sie sich in der Regierung oder in der Opposition befinden, anzuregen. Der christlichsozialen Abg. Winger-Hurling (der ehemalige Justizminister) richtete eine Interpellation an die Gesamtregierung, ob sie bereit sei, die Vorgänge bei der Volkszählung und die gegen diese vorliegenden Beschwerden werden einer gewissenhaften strengen Prüfung zu unterziehen. Der deutsche christlichsozialen Abg. Dehlingen interpellierte den Heeresminister wegen der Verlegung von 600 Mann in Infanterie in die deutsche Stadt Trautenau am Vorabend der Volkszählung, was anscheinend nicht aus militärischen Rücksichten, sondern deshalb geschehen ist, damit der tschechische Prozentsatz gesteigert werde.

Drückt man eine nationale Minderheit in der Verfassungseinheit der tschechoslowakischen Republik unter 20 Proz. der Bevölkerung, so verliert die Minderheitsprotektion des verfassungsmäßigen Recht auf Gleichberechtigung mit der Staatsprache; Behörden und Gerichte amlieren dann nur noch in der Staatsprache, die Minderheitsprotektion verschwindet auch von allen öffentlichen Ausschüssen der Eisenbahn usw.; kurz, die Minderheit verliert einen sehr wesentlichen Teil ihrer Rechte!

Kommunisten gegen Betriebsräte

Bergeblücker Appell an das Reichsarbeitsgericht

Leipzig, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Seit mehr als zehn Jahren fordern die Kommunisten, daß „alle Macht den Räten“ übertragen werden solle.

Wie es aber in Rußland und in den von der Sowjetunion in Deutschland geleiteten Betrieben aussieht, wie die Kommunisten, wo sie zu bestimmen haben, überhaupt gegen alle Betriebsräte sind, zeigte wieder einmal eine Verhandlung vor dem Reichsarbeitsgericht.

Der Allgemeine Verband der Bankangestellten führt schon seit mehreren Monaten einen Rechtsstreit gegen die Berliner Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Es handelt sich um die Frage, ob in der russischen Handelsvertretung eine Betriebsvertretung errichtet werden müsse oder nicht.

Die russische Handelsvertretung weigert sich hartnäckig,

einen Wahlvorstand zu bestellen, um die Errichtung der gesetzlichen Betriebsvertretung zu ermöglichen. Jeder Angestelltenstreik gegen Unternehmerwillkür ist ihr verpönt. Es ist bezeichnend, daß der russische Staat seinen Arbeitern und Angestellten noch nicht einmal die primitivsten Rechte einräumen will.

Die russische Handelsvertretung berief sich auf ihre Exterritorialität. Das Arbeitsgericht in Berlin hat zugunsten der freigewerkschaftlichen Bankangestellten und gegen die „revolutionäre“ Sowjetrepublik entschieden. Die russische Handelsvertretung rief das von den Kommunisten so geschmähte Reichsarbeitsgericht an. Dieses fällt folgende Entscheidung:

Die Rechtsbeschwerde der russischen Handelsvertretung gegen den Allgemeinen Verband der Bankangestellten wird als unbegründet zurückgewiesen.

Das Arbeitsgericht in Berlin hat die Handelsvertretung insoweit als betriebsratspflichtig erklärt, als es sich um Angestellte handelt, die nicht Angehörige der Sowjetunion sind. Diese Rechtsauffassung ist zu billigen. Die Exterritorialität der Handelsvertretung ist nach den maßgebenden Staatsverträgen, insbesondere nach dem deutsch-russischen Handelsvertrag, keine allgemeine, sondern auf die Punkte beschränkt, die ausdrücklich hervorgehoben sind. Im übrigen bestimmen sich

Die Rechtsverhältnisse der Handelsvertretung nach deutschem Recht,

und sie unterliegt der deutschen Gerichtsbarkeit. Namentlich hat sie die sich aus der deutschen Sozialgesetzgebung ergebenden vom Arbeitgeber für die deutschen Arbeitnehmer bestehenden sozialen Verpflichtungen zu erfüllen. Dies gilt auch für die sich aus dem Betriebsrätegesetz ergebenden Pflichten, Betriebsräte zu errichten. Ihre besondere staatsrechtliche Stellung hat nur zur Folge, daß sich der Betriebsrat und seine Tätigkeit nicht auf die Angestellten erstreckt, die vom russischen Außenhandelskommissariat entsandt sind.

Es ist für die russische Handelsvertretung, wie überhaupt für alle kommunistischen Betriebe, ebenso beschämend wie bezeichnend, daß sie durch die „Kassengerichte“ erst zur Anerkennung der Rechte der Belegschaften, sich eine Betriebsvertretung zu wählen, gezwungen werden müssen. Noch läuft vor dem Berliner Arbeitsgericht der Prozeß gegen die russische Ostbank. Noch streifen die Maschinenleger der „Roten Fahne“. Zu gleicher Zeit legt die KPD alle Hebel in Bewegung, um die Betriebsräte unter ihrer Botmäßigkeit zu bringen, dieselben Betriebsräte, die sie im eigenen Haus nicht duldet, oder zu Handlangern erniedrigt.

Eisschrank als Waffenlager.

Wie Arbeiterrechte im „Dritten Reich“ beachtet werden.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„In der Beilage zur Zeitung „Der Abend“ vom Montag, dem 19. Januar 1931, haben Sie unter der Überschrift:

„Pankower Judenware. Mit Auszug für das Dritte Reich.“

behauptet, die Leiter und Inhaber der Firma Wolfson u. Wienecke in Pankow, Berliner Straße 29, pflegten den Nazigeist, die Arbeitszeit betrüge mehr als 12 Stunden usw. Diese Behauptungen sind unrichtig. Richtig ist folgendes:

In dem genannten Betriebe kümmern sich die Leiter in keiner Weise um die politische Ueberzeugung der Arbeiterschaft. Es hat jeder seine freie Meinung. Es ist weiter unrichtig, daß vor den Septemberwahlen für die Nationalsozialistische Partei Propaganda gemacht worden sei. Die Arbeitszeit richtet sich nach den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes. Lediglich an 3 Tagen im Oktober ist die Arbeitszeit aus dringendem Grunde überschritten. Es ist niemals ein Nazi verhaftet worden, der im Eisschrank Waffen versteckt hätte. Sämtliche Arbeiter werden über den Tarif hinaus entlohnt.“

Darauf erwidern wir: Wir halten unsere Behauptung vollständig aufrecht. Es ist wohl richtig, daß jetzt in zwei Schichten acht Stunden gearbeitet wird, aber erst infolge oder seit der Veröffentlichung unserer Notiz. Ein Arbeiterrat besteht bis heute nicht in diesem Betrieb, von denen der eine Inhaber vor den Wahlen für die Nazis Reklame machte, der andere zum Stahlhelmtag nach Koblenz fuhr und von dort seine Angestellten mit einer Ansichtsarte beglückte. Auch sonst handelt es sich hier um Praktiken, die vielleicht im „Dritten Reich“ erlaubt sein würden, weshalb diese Unternehmer wohl für die Nationalsozialistische „Arbeiterpartei“ sich begeistern, die aber in unserer verdammten Republik nicht zulässig sind.

Reichsanstalt und Reformen.

Die Ueberlastung des Personals.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat dieser Tage den Haushalt der Arbeitslosenversicherung für das Jahr 1931 verabschiedet. Er nahm dabei auch gegen die Flut von untauglichen Reformvorschlägen Stellung. Eine praktische Reformmöglichkeit sieht er in den Vorschlägen der Gewerkschaften zur Neugestaltung der Krisen- und Wohlfahrtsarbeitslosenversicherung. In einer hierzu angenommenen Entschließung erklärt der Verwaltungsrat, daß er eine Vereinigung der beiden heute noch bestehenden Unterstützungsformen für notwendig halte und er auch eine Beschleunigung dieser Neuordnung für dringend erforderlich erachte.

Die Beratungen des Verwaltungsrates wurden eingeleitet von Dr. Syrup, dem Präsidenten der Reichsanstalt. Er gab einen Ueberblick über die Lage des Arbeitsmarktes. Besonders scharf ablehnend behandelte er die Vorschläge zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Er sprach die dringende Bitte aus, in Zukunft von weiteren Änderungen des Gesetzes Abstand zu nehmen. Diese Bitte richtete sich deutlich an die Adresse der Reichsregierung, die vor kurzem die Einsetzung einer neuen Sachverständigenkommission zur Reform der Arbeitslosenversicherung vorbereitet hat, in der Unternehmer und Versicherte nicht beteiligt sind.

Notwendiger erscheint dem Präsidenten eine Sachverständigenkommission aus den in der Praxis der Arbeitslosenversicherung stehenden Persönlichkeiten, die einmal nachprüfen sollte, ob nicht durch den größten Teil der getroffenen Gesetzesänderungen mehr Verwaltungsaufwand entsteht als Ersparnis.

In der Aussprache wandten sich Dr. Broeker vom ADGB und Dr. Croner vom AFA-Bund scharf gegen eine Reihe von Maßnahmen, die sich im Laufe des letzten Jahres innerhalb der Reichsanstalt herausgebildet haben. Broeker wies darauf hin, daß durch die überhandnehmende Bürokratisierung der Reichsanstalt auch für die Rechtssicherheit Gefahren zu entstehen drohen, weil eine große Zahl von Arbeitsamtsdirektoren, offenbar infolge des scharfen Druckes von oben her, sich nicht mehr getrauen, selbständige, von der offiziellen Auffassung abweichende Entscheidungen über Unterstützungsanträge zu fällen. Das ständige Nebeneinander von Kontrolltätigkeiten, die von 4 bis 5 verschiedenen Stellen (!) aus innerhalb der Reichsanstalt vorgenommen würden, führe geradezu zu einer Lahmlegung der Arbeit der Arbeitsämter.

Mit den allmählich katastrophal gewordenen Personalverhältnissen beschäftigte sich eingehend Dr. Croner. Er

stützte sich dabei auf Material, das der AFA-Bund durch eine Enquete unter seinen Verwaltungsausschussmitgliedern herbeigeschafft hatte. Die von Croner aus diesem Material vorgelegten Proben genügen, um einwandfrei darzustellen, daß die Ueberstundenwirtschaft längst das erträgliche Maß überschritten hat, daß mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Pflichtarbeit nach Belieben umgegangen wird und daß auch sonst die Personalverhältnisse einer sofortigen Reform unterzogen werden müssen.

Croners Kritik schaffte nun wenigstens einigermaßen Abhilfe. Es darf damit gerechnet werden, daß die Planstellen innerhalb der Reichsanstalt etwa um 1000 Kräfte vermehrt werden. Im übrigen brachte der Verwaltungsrat zum Ausdruck, daß er die mißbräuchliche Verwendung von Pflichtarbeitern für laufende Verwaltungsarbeiten auf das entschiedenste verurteilt. Schließlich hat der Verwaltungsrat beschlossen, daß eine Höchstbeschäftigungszeit für Praktikanten festgesetzt wird, um auch so dem Erfolge von Angestellten durch sogenannte Praktikanten entgegenzutreten.

Der Etat der Arbeitslosenversicherung ist in seiner Gesamtheit angenommen worden. Dagegen stimmten die Vertreter der Unternehmer mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie die beschlossene Stellenvermehrung ablehnen.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Der Reichsarbeitsminister greift ein.

Wie wir erfahren, hat sich der Reichsarbeitsminister entschlossen, nunmehr in den Kampf in der Holzindustrie einzugreifen, über den wir in unserer heutigen Morgenausgabe eingehend berichtet haben. Er hat die Parteien zum 2. Februar von Amts wegen zu Einigungsverhandlungen geladen.

Licht aus nach Mitternacht

Kohlen- und Transportkrise in der Sowjetunion

Kowno, 29. Januar.

Im Zusammenhang mit der Kohlenknappheit und der unzureichenden Elektrizitätsversorgung haben verschiedene Städte der Sowjetunion beschlossen, daß nach 24 Uhr keine öffentlichen Veranstaltungen mehr abgehalten werden dürfen, um Strom zu sparen. Außerdem wird eine neue Verordnung herausgegeben werden, um die Beleuchtung in den Privathaushalten in starkem Maße zu vermindern, indem nur eine bestimmte Anzahl von Lampen geringer Lichtstärke gebrannt werden sollen. Die Verordnung wird damit begründet, daß es trotz der großen Pläne der Sowjetregierung zur Elektrifizierung der Sowjetunion an Kohle fehlt, um die Elektrizitätswerke richtig und voll auszunutzen.

Die Transportkatastrophe in Sowjetrußland, die zu einer völligen Stockung des Kohlentransports im Donezgebiet und zu der Gefahr des Zusammenbruchs der Lebensmittelversorgung geführt hat, gibt den zentralen Instanzen des Sowjetreichs Veranlassung, sich mit einem dringenden Appell an alle Behörden und Organisationen zu wenden, um eine Besserung in kürzester Frist zu erzielen. Stalin als Generalsekretär der Partei und Molotow als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare erklären in dem Aufruf, daß die ernststen Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr zu der

drohenden Gefahr eines Zusammenbruchs der Sowjetwirtschaft geführt

haben. Der Rat für Arbeit und Verteidigung wird aufgefordert, bis zum 20. Februar einen genauen Reformplan für den Eisenbahntransport aufzustellen. Der Aufruf sieht eine Reihe von praktischen Maßnahmen zur Vermehrung des Lokomotiv- und Wagenbaus vor, wobei er für die Durchführung der geplanten Maßnahmen ausdrücklich die persönliche Verantwortlichkeit der einzelnen Leiter feststellt.

Im Verlauf des nächsten Monats müsse sowohl eine vollständige Versorgung der Bahnen mit Heizmaterial als auch eine Herabsetzung von deren Verbrauch um mindestens 15 Proz. durchgeführt sein. Eine Reihe weiterer Maßnahmen ist für die Hebung der Arbeiterdisziplin, die Verbesserung der Arbeitsqualität und für die Hebung der Wirtschaftlichkeit im Verkehr vorgesehen, wobei dem Arbeiter eine Zulage von 15 bis 20 Proz. und die dauernde ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und Kleibern versprochen wird. Eine „Befestigung“ der Arbeitskräfte von dem Heizer bis zum Direktor wird befohlen, wobei im Falle einer Fortsetzung des Schließens die schärfsten Maßnahmen allen Schuldigen angedroht werden, „auch wenn sie Mitglieder der Partei

Der Fall Canaris.

Eine Erklärung des Reichswehrministeriums.

Das Reichswehrministerium veröffentlicht folgendes Plädoyer für Kapitän Canaris:

„Die Vernehmung des Rechtsanwalts Brederod im Vorn-Prozeß hat eine Anzahl Blätter dazu veranlaßt, alte Anschuldigungen gegen den Fregattenkapitän Canaris wieder zu erheben. Insbesondere ist der Vorwurf wieder aufgetaucht, er habe die Flucht des Oberleutnants Bogel begünstigt. Das Reichswehrministerium hat Erhebungen angestellt, die folgendes Ergebnis gehabt haben:

Die alte Anschuldigung, Kapitän Canaris habe die Flucht Bogels begünstigt, ist bereits vor Jahren durch ein gerichtliches Verfahren aufgeklärt und als völlig unbegründet erwiesen worden. Neue Tatsachen sind seitdem nicht vorgebracht worden. Das Reichswehrministerium sieht die damalige Gerichtsentscheidung auch heute noch uneingeschränkt für gültig an.

Rechtsanwalt Brederod hat ausgesagt: Der Nationalverband Deutscher Offiziere habe Geld für eine Flucht der angeklagten Brüder von Pflug-Hartung gesammelt. Einen Teil hieron habe er mit der Schwester der Angeklagten dem Kapitänleutnant von Pflug-Hartung ins Gefängnis gebracht. Den Rest dieser Summe habe Fräulein von Pflug-Hartung zusammen mit Kapitän Canaris später von ihm abgeholt. Ob Kapitän Canaris von der Bestimmung dieser Summe gemußt habe, wäre ihm nicht bekannt. Schon aus dieser Aussage geht hervor, daß Kapitän Canaris nicht, wie in verschiedenen Blättern behauptet wurde, dem Angeklagten Pflug-Hartung Geld zur Flucht ins Gefängnis gebracht hat.

Ueber den Besuch bei Rechtsanwalt Brederod ist folgendes festgestellt worden: Fräulein von Pflug-Hartung hat sich mit der Bitte um Unterstützung an den ihr bekannten Kapitänleutnant Canaris gewandt, da sie und ihre Familie dauernd von Kommunisten bedroht waren. Sie selber ist damals auf der Straße tödlich angegriffen und schwer mißhandelt worden. Nach der Freisprechung der Brüder Pflug-Hartung durch das Kriegsgericht, in dem Kapitän Canaris als Richter mitgewirkt hatte, erfuhr dieser, daß noch selber vom Nationalverband Deutscher Offiziere für die Familie Pflug-Hartung vorhanden seien, und er entschloß sich daher, mit Zustimmung des Reichswehrministers Roske, die Aushändigung dieser Gelder an Fräulein von Pflug-Hartung zu erwirken, damit diese und ihre Familienangehörigen Berlin verlassen konnten. Daher erfolgte sein Besuch bei Brederod. Zu dieser Zeit waren die Brüder von Pflug-Hartung längst aus dem Gefängnis entlassen, und der eine befand sich schon im Ausland, so daß von irgendwelcher Begünstigung einer Flucht oder einer sonstigen Verletzung der richterlichen Pflichten durch Kapitän Canaris nicht die Rede sein kann. Dem Landgericht III, das den Vorn-Prozeß führt, hat Kapitän Canaris sich zur Verfügung gestellt.“

Wir können den Darlegungen des Reichswehrministeriums, das keine richterliche Behörde ist, zunächst nur den Wert eines Plädoyers beimessen. Zwischen dieser Darlegung und der beschworenen Aussage von Rechtsanwalt Brederod bestehen Unstimmigkeiten. Diese Unstimmigkeiten können nicht durch einseitige Erklärungen, die auf den einen Beteiligten zurückgehen, aufgestellt werden, sondern lediglich vor Gericht.

Eine falsche Anschuldigung.

Die Justizpressestelle teilt mit: Gegen den Kommandeur der Schuppolizei, Oberst Heimannsberg, war aus Anlaß seiner Vernehmung in dem gegen Regierungsrat a. D. Dr. Fabricius gerichteten Verfahren wegen Beleidigung der Schupo von dem Angeklagten eine Anzeige wegen Falschheid eingereicht worden. Das daraufhin von der Staatsanwaltschaft I eingeleitete Ermittlungsverfahren ist jetzt eingestellt worden, weil durch die von der Staatsanwaltschaft vernommenen Zeugen die Aussage des Oberst Heimannsberg durchaus bestätigt worden ist.

sein sollten“. In einem besonderen Absatz verlangt der Aufruf, daß alle diejenigen ehemaligen Eisenbahner, die ihre Arbeit im Stich gelassen haben, spätestens in zwei Monaten sich wieder zu melden haben.

Das Verkehrskommissariat hat im Hinblick auf die Brennstoffknappheit beschlossen, die

Zugfolge im Nahverkehr einzuschränken.

Diese Maßnahme gilt auch für die Eisenbahnlinien, die nach Auffassung der Sowjetbehörden weniger bedeutend sind. Da der russischen Eisenbahn eine erhebliche Anzahl Lokomotivführer fehlen, wurde ferner angeordnet, den Lokomotivdienst nur noch durch einen Beamten (bisher zwei) auszuführen.

Kollektivisierung durch Aushungerung.

Kowno, 29. Januar.

Wie amtlich aus Leningrad gemeldet wird, wurde jetzt ein neuer Plan ausgearbeitet, um die individuellen Bauernwirtschaften zwingweise in Kollektivwirtschaften umzuwandeln. Demzufolge sollen sämtliche Dörfer lediglich geschlossene Verkaufs- und Verteilungstellen für Lebensmittel erhalten, die ausschließlich die Angehörigen der Kollektivwirtschaften mit Lebensmitteln und anderen Produkten versorgen sollen, während die Bauern der individuellen Wirtschaften nicht beliebert werden dürfen. Durch diese Maßnahme will man den kleinen Handel vollkommen ausschalten und den individuellen Bauernwirtschaften die Daseinsmöglichkeit nehmen. Der Entwurf wird vorläufig im Leningrader Gouvernement durchgeführt werden.

Nicht der amerikanische Kriegeminister sondern das frühere Mitglied der Kriegsschlichtungskommission Harlan entwickelte im Chicago vor der Vereinigung der Exporteure den Plan, die Schuldenzahlungen an Amerika um die Hälfte herabzusetzen. Allerdings müsse Gewähr dafür geschaffen werden, daß die europäischen Nationen die ihnen gemachten finanziellen Zugeständnisse nicht in Rüstungen onleiten.

Wetter für Berlin: Großenteils trübe, noch leichte Schneefälle. Temperaturen etwas sinkend. — Für Deutschland: Ueberall trübe, im Nordosten Frost, im Südwesten noch ziemlich mild mit einzelnen Niederschlägen.

Verantwortlich für die Redaktion: Herbert Spore, Berlin, Weingarten 12. Glöde, Berlin, Berlin; Hermanns Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermanns Verlag; Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 66, Lindenstraße 1. Bureau 1. Berlin.

Heran an die Landjugend!

Vorschläge für eine praktische Landjugendfürsorge / Von Eugen Lederer

In dem Artikel „... die unerfreuliche Berufsschularbeit“ im „Abend“ vom 18. Dezember 1930 ist die Auswirkung der vollamtlichen Beschäftigung stellenloser Lehramtsbewerber an den ländlichen Berufsschulen nur angedeutet worden. Die aktive Einziehung dieser Lehrkräfte in die gesamte öffentliche Jugendpflegearbeit erfordert deren verpflichtendes Eindringen in die Arbeits-, häuslichen und Freizeitverhältnisse der Landjugend. Dadurch wird eine wirkliche Erfassung des einzelnen Jugendlichen erzielt und die Grundlage gegenseitigen Vertrauens als Voraussetzung für das Zustandekommen einer Berufsschulgemeinschaft hergestellt. Doch infolge des Eindringens in die Alltagswelt der Jugend, der Lehrer zwangsläufig in eine aufklärende, beratende oder werbende Beziehung zu Eltern, Erziehungsberechtigten, Arbeitgebern usw. gerät, ist nicht minder wichtig. Auch mit den örtlichen und Kreisstellen der freien Jugendorganisationen, insbesondere den Berufsverbänden, wird der Berufsschullehrer engste Fühlung zu nehmen haben. Gewiß ist nicht jeder Lehrer für diese Aufgaben geschaffen. Es gibt welche, die sich bei den Abo-Schülern in ihrem Element fühlen, andere, die bei dem älteren Volksschulkind am richtigen Platz sind, und wieder andere, die gerade im Kreis der Berufsschüler ihr bestes Talent als Lehrer und Erzieher zu entfalten vermögen. Auf die letzteren kommt es hier lediglich an. Sie müssen aber von außen auf das platte Land gebracht werden, denn der eingeseffene Lehrer wird meist immer um des lieben Friedens willen leise treten oder sich schämen, den amtlichen Stellen objektive Berichte über aufgetragene Ermittlungen zu erstatten, nur weil er befürchtet, daß ihm sonst das Leben in der Gemeinde zur Hölle gemacht werden könnte. Die enge Dorfpolitik kann nur der Lehrer, der von vornherein weiß, daß er keinesfalls länger als einige Jahre in ein und derselben Landgemeinde bzw. ein und demselben Berufsschulbezirk zu wirken hat, überwinden. Die Kreisjugendämter agrarischer Landkreise, denen es stets an unbefangenen oder geschulten örtlichen Vertrauenspersonen fehlt, dürften diese, jede Erstarrung verhütende Wechselbewegung nur begrüßen können. Bei der Fülle der dem Berufsschullehrer zugebachten Aufgaben braucht keine Beförderung wegen seiner Freimonate zu entstehen. Der Pflichten, die er auch in dieser Zeit zu erfüllen hat, sind genug. Fortgesetzte Beratung der Eltern und Jugend, Ausübung von Schulpflichten, Jugendwanderungen, Lehrgänge für die erwerbslose und erwerbsfähige Jugend, Mitwirkung bei der Veranstaltung von Kursen zur Heranbildung ehrenamtlicher Helfer und Helferinnen in der Jugend- und Wohlfahrtspflege und dergleichen mehr!

Solange der Berufsschulunterricht noch auf sich warten läßt, ist es dringend erforderlich, daß gerade während der Sommermonate eine Jugendamt-, Jugendpfleger-, Fürsorgerein, Arbeitergehilfen, Erziehungsberechtigte usw. verbindende neutrale Kraft im Interesse der in der Landwirtschaft und in den kleinen Gewerbebetrieben tätigen Jugendlichen funktioniert.

Aufgaben

Wo die Berufsschule als „Masse“ empfunden wird, stellt sie in der Regel nichts anderes als eine Einrichtung zur Fortsetzung eines üblichen Schuldrills dar. Der über jugendbildnerisches und -pflegerisches Können und Willen verfügende Lehrer ist sich demgegenüber bewußt, daß die ländliche Berufsschule eine Stätte der Anregung für die schöpferische Gestaltung des Lebensinteresses der Jugend zu sein hat. Nicht die theoretische Behandlung von Lehrstoffen ist das entscheidende, viel wichtiger ist vielmehr, die Gestaltungsbedürfnisse der Jugend in einer für das Leben fruchtbarsten Weise zur Entfaltung und Betätigung zu bringen. Nur in dieser Richtung kann sich die erstrebte Neugestaltung des Unterrichts an den ländlichen Berufsschulen bewegen. Nur deshalb tritt auch das Verlangen, die Wertarbeit neben der theoretischen Beschäftigung in einem den Interessen der jeweiligen Jugendlichen entsprechenden Umfang stärker zur Geltung zu bringen, in den Vordergrund.

Versuche, die gelegentlich mit Postarbeiten unternommen wurden, mußten natürlich scheitern, denn der jugendliche Arbeiter will nicht spielerisch beschäftigt werden, sondern schaffend wirken. Wenn auch infolge der bedrückenden Wirtschaftslage die Einrichtung der auf dem Lande vielfach fehlenden Schulwerkstätten augenblicklich stark in Frage gestellt ist, so rechtfertigt dieser Umstand noch keineswegs eine Vernachlässigung der Erziehung zur wertvollen Tätigkeit. Schon deshalb nicht, weil sicherlich bei einigermaßen geschickten psychologischen Einwirkungen der oder jener Handwerksmeister am Ort einen Teil seiner Werkstätte gelegentlich für Schulzwecke freigeben oder wenigstens handwerkzeug teilweise zur Verfügung stellen wird. Daß auch noch anderen Kreisen, die vielleicht das Wort von der väterländischen Pflicht bei Tag und Nacht im Munde führen, Gelegenheit geboten ist, dieser Pflicht durch eine für die Jugend benötigte Sonderleistung praktisch zu genügen, wird an späterer Stelle ersichtlich.

Die Behauptung eines Lehrers, daß die Landjugend eine „Dumpe vor sich hinbrütende Masse“ sei, ist unerhörlich. Für den Funken der Begeisterung ist die mittelarme Jugend empfänglicher als irgendeine andere. Nicht im jugendlichen, sondern in seiner bedrückenden Umwelt liegt die so beklagte Dumpfheit begründet. Vielleicht 80 oder noch mehr Prozent der in der Landwirtschaft beschäftigt jugendlichen Arbeiter sind in heiz- und lichtlosen Dach- oder Stallkammern untergebracht. Was das an langen Winterabenden beim Fehlen geeigneter Zusammenkunftsräume für die Jugend in einer Landgemeinde zu bedeuten hat, kann sich die Stadtjugend nicht vorstellen. Hausbackene Naturen, die den fast gänzlich in Wegfall gekommenen Familienanstoß beklagen, glauben zwar, daß durch dessen Wiederherstellung die betrüblichen Zustände zu bessern wären. Sie wissen aber nicht, daß einer zu Selbstständigkeit und Freiheit sich entfaltenden Jugend jede patriarchalische Bindung widerstrebt. Sie wissen ferner nicht, daß durch Freibleib, das auf dem Lande noch immer eine wichtige Rolle spielt, die trostlose Begrenztheit sozialer Geltung für einen Stallknecht, Gespannführer

usw. nicht geweitet werden kann. Da fragt sich ein Berufsschüler, wozu besuche ich eigentlich die Schule, wenn ich doch schon mein Leben lang nur Kuhstallknecht bleibe? Wieviel Berufsschüttetes gilt es hier freizulegen! Nur in der Gemeinschaft einer geistig wachen Jugend kann das Selbstbewußtsein eines solchen Menschen wieder durchbrechen. Und dazu ist die Schaffung eines in der einzelnen Landgemeinde möglichst zentral gelegenen Sammelpunktes für die Dorfjugend nötig.

Baut Klubhäuser!

Ein Jugendheim, ein von der Jugend selbst aufzubauendes Klubhaus sollte in jedem Dorf erstehen. Dies ist keine Phantasterei. Hier wird die Abkehr von spielerischer Beschäftigung und die Hinwendung zum tatsächlich produktiven Schaffen sinnfällig. Es gibt Dutzende von Beispielen in Deutschland, die beweisen, wie durch zielbewusste Anregung und Organisation die Jugend unter Führung ihrer Lehrer und unterstützt von Behörden, Handwerkern, Industriefirmen und sonstigen Kreisen sich Häuser, Gartenanlagen, Spiel- und Sportplätze selbst geschaffen hat. Gerade gegenwärtig gilt es, die jugendlichen Erwerbslosen in eine geregelte Tätigkeit zu bringen. Sollte es sich da nicht lohnen, sie etwas aufbauen zu lassen, was ihre Interessen unmittelbar berührt? Wie sieht es denn mit der erwerbslosen Jugend auf dem platten Lande aus? Da sind nicht etwa die 14- bis 18jährigen, sondern bis auf geringe Ausnahmen vornehmlich die 18- bis 21jährigen Jugendlichen erwerbslos. Unter ihnen befinden sich verhältnismäßig wenig ungelernete Arbeiter. Nicht nur, weil diese als billige Arbeitskraft bevorzugt werden, sondern weil der jugendliche trotz Absolvierung einer drei- oder vierjährigen Lehrzeit häufig überhaupt keine Aussicht hat, als Facharbeiter beschäftigt zu werden. Er wird somit praktisch zum ungelerneten Arbeiter herabgedrückt oder in das Heer der Erwerbslosen eingerückt. Die Ermittlungen ergeben auch, daß unter den jugendlichen Erwerbslosen hauptsächlich gelernte Schlosser, Klempner, Schmiede, Stellmacher, Monteur, Elektriker, Installateure, Zimmerer, Maurer, Tischler, Maler, Dachbeder, Lötter, Korbmacher, Gärtner usw. vertreten sind. Hiernach ist die Durchführbarkeit der angeordneten Produktionspläne durchaus gesichert, zumal ältere arbeitslose Facharbeiter als Vorbereiter mit beschäftigt werden könnten. Hauptfällige Sorge macht nur die Beschaffung der nötigen Materialien, auch in den Fällen, in denen möglicherweise zunächst der äußere und innere Aus- oder Umbau eines ungenutzten Wohn- oder Wirtschaftsgebäudes in Frage kommt. Wenn aber alle Bevölkerungskreise in der ihnen möglichen Weise dazu beitragen, wird auch diese Schwierigkeit zu überwinden sein.

Wer soll den Boden für das Jugendhaus mit Garten, für den Spiel- und Sportplatz oder die örtliche Erholungsfürsorge spenden? Es dürfte kaum eine Landgemeinde zu verzeichnen sein, die für diese Zwecke geeigneten Bodensatz nicht verfügbar hätte.

Auch Holz für Balken, Tische, Stühle, Regale usw. ist da. Lehm-, Sand- und Kiesgruben fehlen nicht. Zur Bestellung von Gespannen wird sich immer ein jugendfreundlicher Landwirt bereit finden. Da und dort wird eine Ziegelei, ein Elektrizitäts- und Hüttenwert einspringen. In gewissem Umfange sind Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge und Mittel zur beruflichen Förderung der erwerbslosen Jugend flüssig zu machen. Ferner kommen Beträge aus der Hauszinssteuer in Betracht, soweit in dem geplanten Jugendhaus eine Gemeindefachwerstatt und eventuell ein Wohnraum für die Kindergärtnerin eingerichtet werden. Weitere Geldbeschaffungsmöglichkeiten werden sicherlich die Angestellten und Beamten der Gemeinde- und Kreisverwaltungen, die nicht zuletzt ein derartiges Werk helfend zu fördern hätten, ergründen können. Ob das Jugendhaus jeweils als Holz-, Fachwerk- oder Massivbau ausgeführt werden kann, ist unwesentlich. Der Aufbau kann sich durchaus stufenweise vollziehen. Die Schaffung des Hauptraumes, der tagsüber als Kindergarten und Hort, abends als Versammlungs-, Vorführraum usw. für die Dorfjugend Verwendung finden soll, ist das wichtigste. Je nach den örtlichen Verhältnissen ist neben dem Wohnraum für die Gemeindefachwerstatt und eventuell die Kindergärtnerin die Einrichtung eines weiteren Zimmers, das beispielsweise dem Kommunalarzt oder Berufsberater zur Abhaltung von Sprechstunden dient und als Raststube verwendet wird, zweckmäßig. Später könnte dann der Anbau einer Verfrüchte zur praktischen Unterrichtung der Mädchen oder Hausfrauen in Erziehung gezogen werden. Die Küche wäre zugleich in den Dienst der Speisung der Kindergarten- und Schulkinder, gegebenenfalls auch der Jugendlichen zu stellen. Auf diese ungefähren Kombinationsmöglichkeiten müßte bei dem Grundriß des „wachsenden“ Hauses besonderer Bedacht genommen werden.

Örtliche Erholungsfürsorge

Die Anlage eines Spiel- oder Sportplatzes, vor allem aber die Errichtung einer örtlichen Erholungsfürsorge erfordert nicht weniger vielseitige Tätigkeiten. Man denke an die Anlage von einfachen Duschvorrichtungen oder Plansch- bzw. Schwimmbädern, den Bau von Regenschuh- oder Liegehallen mit Zubehör und dergleichen.

Diesen Plänen, die absolut nicht neu sind, sollten alle amtlichen und nichtamtlichen Stellen, denen an der Wohlfahrt und Pflanz der jugendlichen Bevölkerung ganz besonders gefährdeten Landjugend gelegen ist, aktives Interesse entgegenbringen. Hauptfällige-auch-dieser Art Kreise, die der Landflucht ernsthaft steuern wollen, was doch nur durch eine Neugestaltung der Lebensverhältnisse unserer Landjugend möglich ist. Wie lange noch, bis sich der Wille zur Tat entzündet? Längst sind gangbare Wege gezeichnet. Mögen sie doch endlich ohne Zaudern beschritten werden!

Moskitos

Eine spanische Nacht / Von R. Schneider

Das sind schon richtige Quälgeister, diese kleinen, dünnen, zarten Stechmücken. Man sollte es nicht glauben, wie sie einem Menschen zusetzen können. Und doch bringen sie einen manchmal bald zur Verzweiflung. Schon ihr Summen macht nervös. Man denkt, wenn dieser feine Ton ins Ohr dringt, unwillkürlich schon an die schmerzhaften Stiche, die einem die kleinen, um den Kopf schwirrenden Blut-sauger zufügen wollen.

Wenn sie mit ihren hauchzarten Beinchen sich auf den Körper des Menschen niederlassen, merkt man das gar nicht. Dann bohren sie ihren langen, dünnen Rüssel durch die Haut und saugen sich voll Blut. Haben sie ihren kleinen Leib dick- und vollgepumpt, ziehen sie den Rüssel wieder ein und fliegen davon. Vorausgesetzt, daß man sie nicht vorher totgeschlagen hat! Denn der Stich tut gewöhnlich weh, und da rutscht die Hand unwillkürlich aus und schlägt auf die Stelle, wo so ein Insekt sitzt. Kann es nicht durch schleunigste Flucht der drohenden Hand entgehen, dann bleibt nichts übrig davon, als ein Paar selbige Flügel und ein Tropfen Blut, der einem eben noch durch die Adern rollte. Allerdings bilden sich häufig an den Einstichstellen schmerzhaftes Beulen und Schwellungen, selbst Infektionskrankheiten sollen durch Moskitos übertragen werden.

Wir hatten sie schon manche Nacht gequält, in der ich auf dem steinharten Boden der spanischen Fesler kampierte. Wenn ich mein Gesicht zudeckte, so daß ich zwar fast erstarrte, dafür aber auch den keinen Biefern keine Angriffsfläche bot, und sie nur noch wütend über das entgangene Opfer um mich herumwirbelten, dann freute ich mich, ihnen ein Schnippschen geschlagen zu haben, und ihr aufgeregtes Surren war mir oft das Schlußwort. Einmal aber haben sie mich gründlich erwählt und mir übel mitgespielt.

Es war im südlichsten Teil Andalusiens, unweit der Stadt Cadix. Ich war den Tag über tüchtig getrippelt und erreichte spät abends, bei bereits völliger Dunkelheit, das Städtchen Vejar de la Frontera. In einer großen, einen sauberen Eindruck machenden Posada (Gasthof) bezog ich Quartier. Auch das Innere des Hauses und das mir angewiesene Zimmer war sehr sauber, mein Bett war sogar — was eine Seltenheit! — frisch überzogen, und an den Wänden konnte ich — eine noch höhere Seltenheit! — keine Spuren des sonst überall reichlich vorhandenen Ungeziefers entdecken. Das stellte ich mit Bewunderung beim Schein einer Kerze fest, dann zog ich mich aus, verdrückte das Licht und legte mich ehrlich ermüdet ins Bett. Ein dünnes Bettuch zum Zudecken ließ ich unbenutzt, weil es sehr schwül im Zimmer war.

Kaum hatte ich mich richtig ausgestreckt und die Augen geschlossen, da hörte ich den mir schon zur Genüge bekannten Ton der herum-

schwirrenden Moskitos. Ich legte vorerst keinen großen Wert darauf, konnte es sich meiner Ansicht nach doch nur um ein paar versprengte Exemplare dieser edlen Tierart handeln. Doch das Surren wurde stärker und häufiger, es erklang in den verschiedensten Tonarten, und bald merkte ich an meinem Körper die Stiche der heimtückischen Biester. Jetzt zog ich es doch vor, mich in das Bettuch zu wickeln. Ließ ich aber den Kopf frei, so stürzten sich alle auf mein Gesicht, und da war der Schmerz noch empfindlicher. Deckte ich den Kopf mit zu, bekam ich keine Luft und schweißte am ganzen Körper wie toll, und außerdem bohrien die Biester ihren langen Rüssel durch die dünne Decke. Und das war um keinen Deut besser. Deshalb rief ich das Bettuch wieder herunter und führte einen mütenden „Krieg im Dunkeln“ gegen die unsichtbaren Gegner. Auch das nützte nichts. Die Zahl der Moskitos schien immer größer zu werden, anstatt abzunehmen, das verfluchte Gesumme wurde immer stärker, die Stiche immer häufiger.

Im Schlaf war nicht mehr zu denken, ich war wieder völlig munter geworden, alle Müdigkeit war vergangen. Darum stand ich auf, machte Licht und besah mir die Bekkerung! Ganze Schwärme von Moskitos schwirrten durch das Zimmer! Wahrscheinlich befanden sich Sümpfe oder Gewässer in der Nähe, von wo die Mücken, angezogen durch die Lichter im Hause und den Geruch der Menschen, herbeigeflogen waren. Durch ein kleines, offenes Fenstere waren sie in meine Kammer gekommen, und alles andere spürte ich an meinem Körper.

Zunächst schloß ich das Fenster, um weiteren Zutritt fernzuhalten, dann eröffnete ich einen mütenden Feldzug gegen die Biester. Eine Menge Leichen bedeckte bald das Schlachtfeld. Auszurotten waren die „Blut-sauger“ jedoch nicht auf diese Weise. Verärgert legte ich mich wieder aufs Bett. Im Schlafen war in dieser Nacht nicht mehr zu denken. Immer furrte es um meinen Kopf, immer stach es, bald hier, bald da, meist gleichzeitig an verschiedenen Stellen. Dauern hieß ich wie ein Verzweifelter um mich und wälzte mich von einer Seite auf die andere. Erst als der Morgen graute, fiel ich für einige Stunden in einen unruhigen Halbschlaf.

Als ich bei hellem Sonnenschein erwachte, konnte ich meinen Körper betrachten. Wie sah der aus! Zerfurcht, zerbeult und zerkratzt von oben bis unten! Überall bläuliche Flecken! Die rührten von erschlagenen Mücken her, es war mein eigenes Blut das sie mit ausgesaugt hatten.

Unausgesprochen und überdrüssig verließ ich den Gasthof, der erst eine so angenehme Nachtruhe versprochen und dann so wenig gehalten hatte. Den Moskitos habe ich seit dieser Nacht ewige, furchterliche Feindschaft geschworen!

